



LISA

Nach dem Lesen
nicht wegschmeißen,
sondern weitergeben

Winter 2003
Zeitung

Linke SchülerInnenAktion Berlin - SchülerInnengruppe der JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL)

Schule – Betreten verboten

In Deutschland leben derzeit etwa eine Million Menschen ohne Aufenthaltspapiere. Aufgrund der immer restriktiver werdenden Asylpolitik sind viele MigrantInnen gezwungen illegal in Deutschland einzureisen und dort zu leben. Viele von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Ihnen wird der Schulbesuch verwehrt und somit das Recht auf Bildung genommen.

Rechtlos im „Rechtsstaat“

Der Schulbesuch – normalerweise für alle verpflichtend – wird illegalisierten Kindern und Jugendlichen vorenthalten, da die meisten SchulleiterInnen nicht bereit sind, „illegale“ Kinder aufzunehmen, ohne sie den Behörden zu melden. Das hätte in den meisten Fällen die Abschiebung zur Folge.

Seit Jahren weigert sich die Bundesregierung im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, die UN-Kinderrechtskonvention, in der das Recht aller Kinder auf Bildung anerkannt wird,

vollständig zu ratifizieren. Dieses Recht gilt unabhängig vom Geschlecht, der Hautfarbe oder Herkunft einer Person, ihrer Religion und ihrem aufenthaltsrechtlichen Status. Dennoch wird bis zum heutigen Tage dieses universelle Recht auf Bildung in Deutschland einer großen Gruppe von Kindern und Jugendlichen verweigert, weil sie keinen legalen Aufenthaltsstatus haben.

„Illegal“ die Schulbank drücken

Um zur Schule zu gehen und nicht Gefahr zu laufen, von der Ausländerbehörde oder der Polizei entdeckt zu werden, ist es notwendig, eineN SchulleiterIn zu finden, der/die bereit ist, illegalisierte Kinder und Jugendliche auch ohne Meldung beim Einwohnermeldeamt, was normalerweise Voraussetzung für einen Schulbesuch ist, aufzunehmen. Die Zahl dieser SchulleiterInnen ist gering. Nach § 76 Ausländergesetz sind SchulleiterInnen sogar verpflichtet, illegale SchülerInnen bei den zuständigen Behörden anzuzeigen.

Selbst wenn dennoch eine Schule gefunden sein sollte, müssen die illegalisierten Kinder und Jugendlichen „reibunglos funktionieren“. Sie haben keinerlei Möglichkeit, ihre Rechte gegenüber LehrerInnen oder der Schule durchzusetzen und sind so Ungleichbehandlung und im schlimmsten Falle sogar willkürlicher Gewaltanwendung durch Lehrkräfte schutzlos ausgeliefert.

Auch finanziell ist der Schulbesuch für Illegalisierte schwer möglich: Geld ist nötig für Unterrichtsmaterialien, möglichst unauffällige Kleidung und Klassenfahrten. Dazu kommt, dass die sozialen Kontakte in der Schule ebenfalls Gefahren bergen: Die Herkunft der Eltern und der Aufenthaltsstatus müssen geheim gehalten werden und meist ist es nicht einmal möglich, FreundInnen nach Hause einzuladen.

„Illegalität“ nach der Schulzeit

Hatten sie das Glück, eine Schule zu finden, beginnen die Probleme nach der Schulzeit erst richtig. Denn ohne Papiere haben Jugendliche keinerlei legale Möglichkeit, eine weiterführende Bildung zu genießen. Ihnen bleibt der Ausbildungsplatz verwehrt, da sie sich ohne gültigen Pass nicht krank- oder sozialversichern können, geschweige denn Steu-

ern abführen und somit einen Ausbildungsvertrag abschließen. Sie sind also immer auf das Wohlwollen von ArbeitgeberInnen angewiesen. Für das Studium sieht die Sache nicht besser aus: Der Bewerbung muss ein gültiges Zeugnis beigelegt werden und wenn man sich immatrikulieren will, ist der Pass und die dazugehörige Krankenversicherungskarte notwendig – unüberwindbare Hindernisse für Illegalisierte. Abgesehen davon ist es Illegalisierten sowie so kaum möglich sich, ein Studium zu finanzieren, denn BAföG erhalten sie nicht. Hier hilft auch die UN-Kinderrechtskonvention nicht weiter: Sie verpflichtet die Vertragsstaaten nur zur Garantie eines Schulbesuchs für Kinder bis 16 Jahre.

„Illegal“ wird man gemacht

Schon heute sind auch viele Kinder und Jugendliche gezwungen, ein „illegales“ Leben in Deutschland zu führen. Die Herabsetzung der Altersgrenze für Kinder im Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz wird den legalen Zugang von Kindern und Jugendlichen immer mehr verunmöglichen und so zusätzliche „Illegale“ produzieren. In Deutschland lebende MigrantInnen können nur Kinder unter 13 Jahren nachkommen lassen. Sollen ältere Kinder nicht alleine in ihrem Herkunftsland zurückbleiben, sind sie zur „illegalen“ Einreise gezwungen. Zahlreiche Kinder versuchen auch ohne Eltern in Deutschland Asyl zu erhalten. Trotz ihrer Minderjährigkeit wird ihr Antrag häufig abgelehnt und ihnen bleibt lediglich die Möglichkeit, „illegal“ in Deutschland zu bleiben.

Für permanente Legalisierung kämpfen!

Neben der Durchsetzung von Menschenrechten sowie sozial- und tarifrechtlichen Standards muss für die Legalisierung und Gewährung voller Rechte aller in Deutschland Lebenden gekämpft werden. Legalisierung darf dabei nicht als einmaliger Gnadenakt verstanden werden. Es muss eine permanente Legalisierung erfolgen, um zu verhindern, dass sie lediglich einer kleinen Gruppe zu Gute kommt, andere hingegen einer noch schärferen Verfolgung und restriktiveren Gesetzgebung ausgesetzt sind. Denn es gilt weiterhin: Kein Mensch ist illegal! Für offene Grenzen und gleiche Rechte für alle!



Misstraut gelegentlich euren Schulbüchern (Erich Kästner)

In Ehren sollen wir SchülerInnen sie halten und immer schön einschlagen in durchsichtige Klebefolie. Die Schulbücher, deren scheinbar objektiver und allwissender Charakter uns nie davon abhielt kleine Zeichnungen und Bemerkungen in Abbildungen, an Ränder und zwischen Absätze zu kritzeln, sollten wahrscheinlich wirklich mal mit kritischen Kommentaren versehen werden.

Kritisches Hinterfragen der Lehrinhalte ist aber meist nicht erwünscht. Alternative Theorien und Materialien tauchen kaum im Unterricht auf. Schulbücher umgibt eine Aura der absoluten Wahrheit und des grenzenlosen Wissens, die eher gepflegt als hinterfragt werden. Wer für die Klassenarbeit gut auswendig gelernt hat bekommt im Gegensatz zu Kritikern in der Regel eine bessere Note. Die meisten LehrerInnen wollen über den geheimen Lehrplan und den subtilen Charakter vieler Inhalte der schönen anschaulichen Heftchen nichts wissen. Dabei ist es wirklich kein Kunststück, die zahlreichen diskriminierenden Klischees in Unterrichtsmaterialien aufzuspüren. Besonders in den Bereichen Sexismus, Rassismus und Antisemitismus wird eine unterschwellige Botschaft der Lehrinhalte deutlich.

Sexismus: Rollenbilder und Ignoranz

Es ist höchst auffällig, dass zum Beispiel in vielen Schulbüchern ein klischeehaftes Familienbild konstruiert wird. Während Mrs. Green das Frühstück bereitet, sitzt Mr. Green mit seinem Kaffee in der Küche und liest Zeitung. Der Sohn Tom spielt Fußball und Sandra geht tanzen. Mrs. Green ist Hausfrau, Mr. Green geht arbeiten. Oder es ist oft so, dass Männern und Frauen spezifische Berufe zugeordnet werden wie: Er ist Ingenieur, sie ist Frisörin oder arbeitet bei der Touristeninformation usw. Obwohl es viele große Werke weiblicher Autorinnen gibt, werden im Deutschunterricht und auch in Lesebüchern der Grundschule viel häufiger Texte von Männern behandelt. Auch in Physik-, Chemie- und Biologiebüchern tauchen Wissenschaftlerinnen (ja es gab und gibt sie) so gut wie gar nicht auf.

In Sexualkunde und den dafür gebräuchlichen Lehr- und Biologiebüchern wird Geschlechtsverkehr nur als zur Fortpflanzung notwendige Praxis dargestellt. Gleichgeschlechtliche

Sexualität, wird so als unwichtig, unnatürlich oder nicht existent dargestellt. Schulbücher, in denen min. 50 % weibliche Wortformen verwendet werden, sind leider immer noch eine Utopie.

Rassismus: „Rassen“ in Klassen

Ein Blick ins Biologiebuch erklärt unter der Überschrift „Menschenrassen“, dass es drei Hauptrassen gebe, die „Europäer Haupt-rasse“, die „Mongoloide Haupt-rasse“ und die „Ausstralonegrige Haupt-rasse“. (Wissenspeicher Biologie, Verlag: Volk und Wissen) Dass schon seit einiger Zeit feststeht, dass Rassenbegriffe auf Menschen nicht angewendet werden können, interessiert wohl keinen. Hier wird versucht, eine Einteilung vorzunehmen, die es einfach nicht gibt. Rassistische Stereotype werden bestärkt und das Vorurteil des Andersseins unterstützt. Weiter geht's dann in Erdkunde und Politik. Unter dem reißerischen Begriff der „Überbevölkerung“ wird dargestellt, dass es besser sei, wenn sich die Europäer vermehren als wenn das in Afrika geschehe. In Deutschland wird, zwar nicht in Schulbüchern, sondern öffentlich weiter für die „Familie Deutschland“ geworben und mit Vergünstigungen gelockt, während europäische Entwicklungshelfer in den Staaten Afrikas und Teilen Asiens Sterilisationen vornehmen. Wer von Überbevölkerung spricht impliziert damit automatisch, dass irgendwelche Menschen zu viel sind oder sogar beseitigt werden müssten. Dass hierbei keine Betrachtung aller Menschen, sondern eine wertende Unterscheidung in sog. „Menschenrassen“ unternommen wird, zeigt den eindeutig rassistischen Charakter dieser Inhalte.

Antisemitismus: Fühlt sich wohl an deutschen Schulen

SchülerInnen lesen im Geschichtsunterricht: „In zahlreichen deutschen Ländern vertrieben die Landesherren im Spätmittelalter die Juden, die größtenteils nach Polen auswanderten.“ (Unsere Geschichte, Diesterweg)

Durch diese Darstellungen werden nicht nur geschichtliche Fakten vorenthalten, sondern sogar verfälscht. Wenn von Vertreibung und Auswanderung die Rede ist werden ganz offensichtlich die vielen Pogrome an Menschen jüdischen Glaubens im Mittelalter verharmlost.

An anderer Stelle im gleichen Lehrbuch heißt es: „Die Juden in den Städten führten ein Eigenleben, ihr Glaube trennte sie von den Christen. Andererseits standen sie seit den Karolingern unter dem besonderen Schutz der deutschen Könige. Da sie im Gegensatz zu den Christen für ausgeliehenes Geld Zins nehmen durften (nicht selten bis zu 50 Pro-

zent), wurden viele reich, und das steigerte die Abneigung der Christen“.

Als Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland nahm Nathan Kalmanowicz, zu solchen Inhalten Stellung: „Juden sind reich, und sie sind Sonderlinge, das sind die alten antisemitischen Stereotype, die hier verbreitet werden“. Auch werden Figuren, wie Martin Luther, wenn sie im Unterricht behandelt werden, selten kritisch wegen ihres



Antisemitismus hinterfragt. So weiß kaum ein SchülerIN, dass Luther die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung forderte: „Wenn ich könnte, so würde ich ihn niederstrecken und in meinem Zorn mit dem Schwert durchbohren.“ „... dass man ihre Synagogen oder Schulen mit Feuer anstecke und was nicht brennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, dass kein Mensch einen Stein oder Schlacken davon sehe ewiglich. Und solches soll man tun unserm Herrn und der Christenheit zu Ehren, damit Gott sehe, dass wir Christen seien...“. Dies sind also nur wenige der vielen Beispiele für sexistische, rassistische und antisemitische Inhalte in unserem alltäglichen Unterrichtsmaterial. Also misstraut gelegentlich euren Schulbüchern, macht MitschülerInnen aufmerksam, bringt eigenes Material mit und wagt zu widersprechen!

Irene

Impressum:

Diese zehnte Ausgabe der LiSA-Zeitung wird von der **Linken SchülerInnenAktion Berlin** herausgegeben und verteilt. Sie hat eine Auflage von 10.000 Exemplaren.
Redaktion: LiSA
ViSdP: Viviane Flügge, c/o LiSA, Kopenhagener Str. 47, 10437 Bln.
Kontakt: siehe nächste Seite



Schule verändern - SchülerInnen vertreten

SchülerInnenvertretung bringt in ihrer bestehenden Form leider nur wenig. Denn unsere Schulen sind demokratiefreie Räume. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten der SV-VertreterInnen sind stark eingeschränkt und SchülerInnenvertretungen ist es nicht erlaubt, zu all-gemeinpolitischen Themen (z.B. Kriegsdienstverweigerung oder Sozialabbau) Stellung zu nehmen. Das bedeutet, die Tätigkeit der meisten SchülerInnenvertretungen beschränkt sich auf die Organisation von Schulfesten und Schulhofgestaltung. Dennoch macht es Sinn, in SVen zu arbeiten. Alljährlich findet in den Schulen das gleiche Schauspiel statt: SchülerInnen lassen sich mit viel Elan in SVen wählen. Doch bald müssen sie feststellen, dass ihr Einfluss minimal ist. Ebenso verhält es sich in den BezirksschülerInnenausschüssen oder der LandesschülerInnenvertretung.

Demokratische Spielregeln, wie sie uns im PW- oder Geschichtsunterricht eingepaukt werden, gelten nicht



für SchülerInnen. In den relevanten Gremien an der Schule sind SchülerInnen immer in der Minderheit oder überhaupt nicht vertreten. Wenn SchülerInnen dennoch für ihre eigenen Interessen den Mund aufmachen, werden sie nicht selten über Noten, Tadel und Amtserhebung durch LehrerInnen, Schulleitung und Behörden zensiert und diszipliniert. Politisches Engagement soll an die Schulpolitik gefesselt werden, gerade so, als wäre die Schule von der restlichen Gesellschaft losgelöst. Schule und Gesellschaft können aber nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Die schulischen Missstände haben gesellschaftliche Ursachen und die Schule erfüllt in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion. Der Staat bestimmt, was wichtige Lerninhalte sind. Und ohne schulische Disziplinierung hätten viele Autoritäten im späteren Arbeitsleben kein so leichtes Spiel.

SchülerInnenvertretung ist dennoch wichtig
Gerade heute ist die Arbeit in SchülerInnenvertretungen dennoch wichtig. Die Jahre der Schulreformen und der damit verbundenen Verbesserungen des Schulalltages sind vorbei. Die Regierung ist kräftig beim Bildungs- und Sozialabbau. Wir können die bestehenden Strukturen der SchülerInnenvertretungen nut-

zen, um diese Politik zu stoppen oder mindestens zu bremsen. Aber die Leute, die in SVen arbeiten sollten sich selbst als Bestandteil einer Sandkastendemokratie entlarven. Sie müssen für die Erweiterung ihrer Handlungsspielräume kämpfen und gleichzeitig aufzeigen, dass die Schule nur einer von vielen Orten in unserer Gesellschaft ist, der nicht demokratisch organisiert ist. Das "politische Mandat", also dass sich SchülerInnen zu allen Themen äußern dürfen, muss ebenso erkämpft werden, wie die finanzielle Absicherung von SchülerInnenvertretungen und völlige Mitbestimmung bei allen wichtigen Fragen in der Schule. Aber auch neue Lernformen, die ein selbstbestimmtes Leben fördern, sollten von SchülerInnenvertretungen diskutiert werden. Dies heißt zum einen, für eine Schule zu kämpfen, in der man nach den eigenen Interessen und Wünschen lernen kann, und zum anderen, für eine Gesellschaft zu streiten, die nicht auf Konkurrenzdruck und Leistungsdenken basiert. Durch unsere Arbeit in SchülerInnenvertretungen können wir dazu beitragen, dass einmal die Verhältnisse geschaffen werden, die wirkliche SchülerInnenvertretungsarbeit ermöglichen. Für eine demokratische Schule in einer demokratischen Gesellschaft.

Robert und Carsten

Coupon

- Ich möchte mehr Infos über die Linke SchülerInnenAktion.
- Ich möchte Infos über JungdemokratInnen/Junge Linke und Seminare.
- Ich möchte bei Euch mitmachen.
- Ihr seid mir zu radikal. Das sag ich meinem Direx.

Name: _____ Alter: _____

Fon: _____ Adresse: _____

Einsenden an:

LISA, c/o JungdemokratInnen/Junge Linke, Kopenhagener Str. 47, 10437 Berlin
fon 24 72 97 47, e-mail: info@jungdemokraten.de, www.jungdemokraten.de/lisa

Datenschutzhinweis:

Deine Angaben werden von JungdemokratInnen/Junge Linke gespeichert und nur intern an unseren Bundesverband oder, wenn du nicht in Berlin wohnst, an deinen Landesverband weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist in jedem Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen und ihre Berichtigung oder Löschung verlangen. Nein, wir verkaufen deine Daten nicht. Das weiß ich:

Datum: _____ Unterschrift: _____

Hier ausschneiden!

Kampagne gegen Totschlagargumente - Gegen die Militarisierung der Schule

Ein Jugendoffizier der Bundeswehr kommt an eure Schule? Dann kommen wir auch! Die Klassenfahrt geht in die Bundeswehrkaserne? Wir beraten über Kriegsdienstverweigerung!

Lasst euch von Militärpropagandisten nichts erzählen!

Zur Unterstützung von SchülerInnen und Jugendgruppen bieten wir an:

Zeitung gegen Totschlagargumente, Plakate, Flugblätter, KDV-Faltblatt, Spuckis, Seminare und ReferentInnen zum Thema (alles kostenlos).

Bestelladresse: JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin, Kopenhagener Str. 47, 10437 Berlin, Tel.: 030-24729747, info@jungdemokraten.de



**Die Linke SchülerInnenAktion (LiSA) und die
LandeschülerInnenvertretung (LSV) rufen auf zur**

Zeugnisverbrennung

am 31.01.2003 um 12.30 Uhr

vorm Roten Rathaus (S-/U-Alexanderplatz)

Bringt eure Zeugnisse mit!



Noten abschaffen, Schule demokratisieren!

Die LiSA ist die SchülerInnengruppe von JungdemokratInnen/ Junge Linke Berlin. Wir – das sind SchülerInnen und an Schulpolitik Interessierte – setzen uns mit bildungspolitischen Themen auseinander und betrachten diese in ihrem gesellschaftlichen Kontext. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit weiteren politischen Themen wie beispielsweise Antimilitarismus oder Antirassismus.

Warum?

Aus unserer Sicht ermöglicht Bildung jedem Individuum an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben. Sie ist somit Ausgang für Emanzipation und Fortschritt sowie eine wichtige Grundlage für die Existenz einer Gesellschaft. Eine bedeutende Rolle nehmen hierbei Schulen ein. In Schulen spiegeln sich gesellschaftliche Verhältnisse wider und werden reproduziert, deswegen haben Veränderungen im Schulsystem auch Auswirkungen auf die Gesellschaft. Mit unserer Kritik an der in Schulen herrschenden Autorität und fehlenden Demokratie stellen wir auch gesellschaftliche Verhältnisse in Frage.

Schulkritik

Der derzeitige Unterricht zeichnet sich durch vorgeschriebene Stunden- und Rahmenpläne aus. SchülerInnen können keinen Einfluss darauf nehmen, was, wie und wann sie lernen. Gleichberechtigung und Demokratie sind in Schulen zwar Gegenstand des Unterrichts aber gelebt werden beide nicht. SchülerInnen haben kaum Möglichkeiten, dem Alltagsterror im Unterricht zu entgehen. In Schulen wird Selektion betrieben und der Konkurrenzkampf trainiert.

Die Selektion ist dem Schulsystem durch seine Mehrgliedrigkeit immanent. Nach der 6. Klasse wird durch die Einteilung in einen der Schultypen festgelegt, wer später einen gut bezahlten und anerkannten Beruf ausüben darf und wer nicht. So werden gesellschaftliche Hierarchien bereits in der Schule produziert und verfestigt. Dieses System nimmt keinerlei Rücksicht auf die individuellen Entwicklungsprozesse von SchülerInnen. Wir gehen nicht davon aus, dass es begabte und weniger begabte SchülerInnen gibt und fordern deshalb die Ab-

schaffung der mehrgliedrigen Schulsystems zugunsten eines einzigen Schultyps ohne jegliche Selektion.

Selektion wird darüber hinaus durch Noten betrieben. Noten sind aus Sicht der LiSA ein willkürliches Instrument zur Gängelung von SchülerInnen. Von ihnen hängt ab, welchen Schulabschluss man bekommt; so werden mit den Zensuren auch die Lebenschancen vergeben. Noten sind – entgegen des Dogmas – nicht objektiv. Die Noten, die man bekommt sind abhängig von dem/der LehrerIn, der/die sie gibt. Damit wird das Abhängigkeitsverhältnis zwischen SchülerInnen und LehrerInnen verfestigt. Weiterhin dienen Noten zur Sozialdisziplinierung von SchülerInnen: Wer zu spät kommt, den Unterricht "stört" oder die Hausaufgaben nicht macht, muss mit schlechten Noten rechnen. Die Bewertung erzwingt somit Anpassung und Gehorsam; sie sichert die Autorität der Lehrperson ab. Noten sorgen dafür, dass SchülerInnen sich nicht mit den Themen beschäftigen, die sie interessieren, sondern mit dem, was verlangt wird. Als LiSA fordern wir die Abschaffung von Noten und allen Bewertungssystemen, damit selbstbestimmtes Lernen möglich wird.

Neben der in Schulen betriebenen Selektion zeichnen sich Schulen dadurch aus, dass sie ein demokratiefreier Raum sind. Undemokratisch sind sie zum einen, weil SchülerInnen in allen Entscheidungsgremien – wenn überhaupt – unterrepräsentiert sind. Zum anderen weil diese Gremien gegenüber der Schulleitung nur geringfügige Rechte haben und nicht über Lernformen und Unterrichtsinhalte sowie die Wahl der Schulleitung entscheiden können. Aus unserer Sicht müssen diese Entscheidungen von einer Schulkonferenz gefällt werden, in der VertreterInnen aller am Schulleben Beteiligten gemäß ihres prozentualen Anteils an der Schulbevölkerung vertreten sein müssen. Weiterhin kämpfen wir für die Rechte von SchülerInnenvertretungen, dies beinhaltet neben den oben genannten Mitbestimmungsrechten auch ein politisches Mandat für SVen. Da wir Bildung als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Basis der Persönlichkeitsentwicklung betrachten, ist es unabdingbar, dass der Zugang zu Schulen und

Universitäten kostenlos ist. Als LiSA sprechen wir uns damit klar gegen Privatisierungstendenzen im Bildungssektor aus.

Radikaldemokratisch, emanzipatorisch & parteiunabhängig

JungdemokratInnen/Junge Linke, zu denen die LiSA gehört, sind ein parteiunabhängiger politischer Jugendverband mit radikaldemokratischem und emanzipatorischem Selbstverständnis. JungdemokratInnen/Junge Linke setzen sich ein für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftlichen Verhältnisse, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. JungdemokratInnen/Junge Linke sehen keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tief greifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind nach Ansicht der JungdemokratInnen/Junge Linke zwar demokratische Errungenschaften, doch ihr tatsächlicher Einfluss ist begrenzt.

JungdemokratInnen/Junge Linke verstehen sich als Selbstorganisation von Jugendlichen. „Jugendpolitik“ bedeutet für uns Politik von Jugendlichen, die sich für politische Ziele organisieren und gemeinsam engagieren. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir unsere Interessen selbst in die Hand nehmen und damit der Entmündigung, die Jugendliche tagtäglich in dieser Gesellschaft erleben, entgegenzutreten.

